gungsverfahren gehören. Das VG Karlsruhe vertritt insoweit eine abweichende Ansicht, gegen die nicht zuletzt ihre ausufernden Konsequenzen für das wasserrechtliche Genehmigungsverfahren sprechen. Darüber hinaus konnten die Ausführungen auch hinsichtlich der Einordnung der Schwimmsteganlage als bauliche Anlage im Sinne des § 29 BauGB nicht überzeugen. Vielmehr hat das VG das sub-

jektive Element im „Merkmal des Bauens“ verkannt. Insgesamt wären zu den genannten Problemfeldern Entscheidungen der Obergerichte wünschenswert. Dass dies im vorliegenden Fall vom Landratsamt nicht verfolgt worden ist, mag im Einzelfall die (politisch) richtige Entscheidung gewesen sein. Die grundsätzlichen Rechtsfragen konnten dadurch jedoch keiner Entscheidung zugeführt werden.

BUCHBESPRECHUNGEN

DOI: 10.1007/s10357-013-2464-8

Grundzüge des Umweltrechts

Herausgegeben im Auftrag des Arbeitskreises für Umweltrecht (AKUR) von Klaus Hansmann und Dieter Sellner; Erschienen im Erich Schmidt Verlag Berlin 2012, 4. Auflage, 1258 Seiten, ISBN 978-3-503-14106-7, 98,00 Euro

Mit der 4. Auflage „Grundzüge des Umweltrechts“ ist den Herausgebern eine aktualisierte und erweiterte Überarbeitung eines bis dato schon umfangreichen, übersichtlichen und kompakten Gesamtwerkes zum Umweltrecht gelungen. Neben den drei bekannten Teilen „Grundlagen“, „Planung“ und „Rechtsgebiete des Umweltrechts“ kommt in der 4. Auflage erstmals ein Teil „Internationales Umweltrecht; Rechtsschutz“ hinzu, der eine Übersicht über die internationalen Umweltvereinbarungen sowie einen Beitrag zum Rechtsschutz im Umweltrecht enthält. Somit ermöglicht es nicht nur Praktikern, sondern auch Juristen in der Ausbildung einen einfachen Einstieg in die Materie und bietet zudem einen umfassenden und aktuellen Überblick über das Umweltrecht. Die Neuauflage berücksichtigt die Novellierungen des BNatSchG und WHG, das Inkrafttreten des neuen KrWG und die Gesetzesänderungen aufgrund der Energiewende.

Der erste Teil des Werkes befasst sich mit den Grundlagen des Umweltrechts und beginnt mit einem Beitrag von *Heselhaus* über die verfassungsrechtlichen Grundlagen des Umweltschutzes. Der Autor erläutert die Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen zwischen Bund und Ländern sowie die durch EU-Regelungen begrenzten Entfaltungsmöglichkeiten des deutschen Umweltverfassungsrechts. Da Art. 20a GG lediglich eine Staatszielbestimmung und kein Grundrecht ist, kann daraus auch nur in Verbindung mit einem Grundrecht eine Klagebefugnis erreicht werden. Im Gegenzug kann der Umweltschutz jedoch unter Umständen eine Einschränkung der Grundrechte rechtfertigen. *Callies* hingegen erörtert im Kapitel über EU-Umweltrecht die Kompetenzverteilung zwischen EU und den Mitgliedsstaaten beim Umweltschutz, insbesondere im Bereich der durch die Energiewende aktuell im Fokus stehenden Energiepolitik. Die Bedeutung der Umweltpolitik verdeutlicht *Callies* zwar in der Ausstrahlungswirkung der umwelt- und tierschutzrechtlichen Querschnittsklauseln in andere Politiken der EU, bemängelt jedoch das Fehlen eines prozeduralen Umweltgrundrechts auf EU-Ebene. Als Abschluss des Grundlagenteils arbeitet *Rehbinder* die allgemeinen Leitgedanken des deutschen Umweltrechts heraus, indem er Ziele, Grundsätze, Strategien und Instrumente des Umweltrechts untersucht.

Der Planung ist der zweite Teil des Werkes gewidmet und beinhaltet die Kapitel Umweltschutz einerseits in der Fachplanung und andererseits im Bauplanungsrecht. Der Beitrag „Umweltschutz in der Fachplanung“ des Autorenteam *Paetow/Wahl* enthält zunächst eine Erläuterung und Abgrenzung des Fachplanungsrechts. Anschließend führen die Autoren aus, dass die formellen Anforderungen an das Planfeststellungsverfahren geprägt sind von den Umweltprüfungen, während bei den materiellen Rechtmäßigkeitsanforderungen insbesondere die zwingenden Rechtsvorschriften des europäischen Naturschutzrechts Auswirkungen auf das Fachplanungsrecht haben. Den Abschluss bildet ein rechtspolitischer Ausblick auf Großvorhaben wie Stuttgart 21 oder die Flughäfen Frankfurt oder München. *Schink* hingegen widmet sich dem Umweltschutz durch Bau-

planungsrecht und erörtert dort zu Beginn zulässige umweltrelevante Festsetzungen in Bebauungsplänen. Neben den Rechtmäßigkeitsanforderungen im Bauplanungsrecht beschäftigt sich *Schink* mit der Berücksichtigung von Umweltaspekten in der Bauleitplanung, wie dem Immissions-, Boden-, Natur- und Artenschutz.

Der dritte und umfangreichste Teil handelt die einzelnen Rechtsgebiete des Umweltschutzes ab. Im Kapitel „Öffentliches Immissionsschutzrecht“ beleuchtet *Hansmann* bereits die erforderlichen Änderungen im BImSchG und IERL durch die Industrieemissions-Richtlinie. Ferner beinhaltet der Beitrag Informationen zum neuen TEHG sowie die Änderung von § 5 Abs. 1 S. 2 und 3 BImSchG, wonach die Überwachung und Vollziehung der Pflichten zur Emissionsberichterstattung und zur Abgabe von Emissionsberechtigungen dem Umweltbundesamt obliegen. Auch *Rehbinders* Beitrag zum „Privaten Immissionsschutzrecht“ setzt sich mit der Einführung von § 22 Abs. 1a BImSchG, wodurch Kinderlärm privilegiert werden soll, auseinander.

Im Kapitel „Wasserrecht“ haben *Salzwedel/Durner* bereits das neue WHG eingearbeitet, das das frühere Rahmenrecht durch Vollregelungen und bundesweit einheitliche Vorschriften ersetzen soll. Die Autoren befürworten jedoch den weiterhin bestehen bleibenden Einfluss der Länder auf die Wassergesetzgebung des Bundes und prognostizieren eine einvernehmliche Zusammenarbeit. Ähnlich verhält es sich im Naturschutzrecht bezüglich der Abweichungsbefugnis der Länder nach der BNatSchG-Novelle von 2010. *Gellermann* hingegen rät im Kapitel „Naturschutzrecht“ zu einem zurückhaltenden Gebrauch. Ferner erörtert er eingehend das Naturschutz- und Landschaftspflegerecht.

In seinem Beitrag zum Stoffrecht legt *Rehbinder* den Fokus auf die Regelung von Stoffen zur allgemeinen Verwendung und Stoffen mit besonderem Verwendungszweck. Er thematisiert zudem den Bedeutungsverlust des ChemG aufgrund der Umstellung der Gefahrstoffregulierung auf unmittelbar geltende europäische Verordnungen, wie die REACH-VO und die Verordnung über die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen. Im Kapitel „Gentechnikrecht“ stellt *Pottschmidt* die Konflikte um den Einsatz von gentechnisch veränderten Pflanzen für den kommerziellen Anbau von Lebens- und Futtermitteln im Einflussbereich des deutschen GenTG sowie der Richtlinien und zwischenzeitlich auch geltenden Verordnungen des Gemeinschaftsrechts dar.

Neben den umfassenden Erläuterungen zu den Genehmigungsverordnungen setzen sich *Sellner/Hennenhöfer* in ihrem Beitrag zum „Atom- und Strahlenschutzrecht“ auch kritisch mit der Energiewende und dem damit verbundenen Ausstieg aus der Kernenergie auseinander.

Das Kapitel zum Abfallwirtschaftsrecht von *Franßen* ist geprägt von den europarechtlichen Vorgaben der EG-Abfallrahmenrichtlinie und EG-Abfallverbringungsverordnung. Die Auswirkungen auf das KrWG legt der Autor entsprechend dar. Die Abfallrahmenrichtlinie wirkt sich auch auf das Bodenschutzrecht aus, indem kontaminierter Boden als solcher nicht mehr unter den Abfallbegriff fällt. *Scherer-Leydecker* stellt dies in seinem Beitrag zum Bodenschutzrecht neben den Ausführungen zur Sanierungspflicht klar.

Der neu hinzugefügte vierte Teil beschäftigt sich mit internationalem Umweltrecht und Rechtsschutz. *Burhenne/Sand* gliedern die internationalen Umweltvereinbarungen nach transnationalem Umwelt-Nachbarrecht, regionalem Umweltvölkerrecht jenseits der EU und universellem Umweltvölkerrecht auf und geben einen Überblick über die einzelnen bestehenden Vereinbarungen. *Groß* zeigt zum Abschluss eine Übersicht über die Rechtsschutzmöglichkeiten von Verbänden und Einzelnen im Umweltrecht.